

## Ist Europa in guter Verfassung?

### Was ist Europa? Was hat Europa? Was wird aus Europa?

Wir alle sind eingebunden in gesellschaftliche Strukturen, die unser Zusammenleben prägen. Das beginnt bei der Familie und reicht von Nachbarschaft und Kommune, Region und Bundesland bis zur Nation. Inzwischen gibt es eine weitere, darüber hinausreichende Gemeinschaft, die unser Zusammenleben mehr und mehr prägt: Europa. Genauer gesagt: Die Europäische Union mit derzeit 27 Mitgliedstaaten. Das ist leider ein recht kompliziertes Gebilde. Um es etwas besser zu verstehen, stellen wir uns drei Fragen:

#### Erste Frage: **Was ist Europa?**

Schon diese einfache Frage kann niemand klar beantworten. Für westliche Geografen endet Europa am Atlantik, am Mittel- und Schwarzen Meer sowie am Kaukasus und Ural. Östliche Geografen sprechen lieber von Eurasien, schließlich reicht Russland von Sankt Petersburg an der Ostsee bis Wladiwostok am Pazifischen Ozean.

Auch religiös ist dieses Europa keineswegs nur das christliche Abendland. Und Georgien, einer der ersten christlichen Staaten, liegt südlich des Kaukasus, geografisch also außerhalb Europas. Die Georgier aber fühlen sich als Europäer und werden, insbesondere nach dem Krieg mit Russland, von der EU nachhaltig unterstützt.

Alle bisherigen Europäischen Verträge verzichten deshalb bewusst auf eine geografische oder religiöse Definition Europas. Alle Staaten, die sich selbst als europäisch betrachten, sind eingeladen, dazuzugehören. Sie müssen es nur selber wollen und das bestehende europäische Recht – den „Acquis communautaire“ – als nationales Recht anerkennen und praktizieren. Und bevor ein Staat der Europäischen Union beitreten kann, müssen alle Mitgliedstaaten zustimmen – jeder hat ein Veto-Recht.

Vor diesem Hintergrund kann ich die Sorgen vor einer möglichen Mitgliedschaft der Türkei nicht nachvollziehen. Derzeit ist von mehreren Staaten ein Veto zu erwarten. Nur wenn die Türkei sich so weiterentwickelt, wie die Europäer sich das wünschen, also unsere Grundwerte wie Demokratie und Menschenrechte anerkennen und praktizieren würde – also eine andere Türkei würde – wäre eine Zustimmung denkbar. Aber eben erst dann.

Die Frage „Was ist Europa?“ kann man am besten so beantworten: **Europa ist eine Wertegemeinschaft.** Ihre Wurzeln gründen in der griechischen Philosophie, im römischen Recht, im Christentum einschließlich Reformation und Aufklärung, in Toleranz und Forschungsfreiheit als Voraussetzungen von Wissenschaft und Technik sowie in einer sozial kontrollierten Marktwirtschaft. Wir leben in einer solidarischen Gemeinschaft aller Mitgliedstaaten, in gegenseitiger Achtung ihrer Sprachen und Kulturen und erlauben uns den Luxus von 23 Amtssprachen. Wir sind in Vielfalt geeint und genießen die Früchte eines langjährigen Friedens.

Leider gilt – ich zitiere - „Ein Tag Krieg ist teurer als 50 Jahre Europa.“ Und die Europäer haben viele Kriege gegeneinander geführt, mit schlimmen Folgen. Europa war einmal das Zentrum der Weltpolitik. Noch vor 100 Jahren war jeder fünfte Mensch ein Europäer. Heute ist es noch jeder zwölfte, mit weiter sinkender Tendenz. 1913 erwirtschaftete Europa die Hälfte des globalen Sozialproduktes, bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 war es wieder ein Viertel. Der erste dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 kannte noch Sieger. Die zweite europäische Selbstzerfleischung von 1914 bis 1945 kannte nur noch Verlierer. Nach zwei fürchterlichen Weltkriegen hatten die Staaten Europas ihre Völker ausgeblutet, ihre Wirtschaft ruiniert und ihre Infrastruktur zerstört. Sie hatten politisch ausgespielt. Nur gemeinsam hatten sie auf der globalen Weltbühne noch eine Chance. Die haben sie glücklicherweise genutzt, ihre Kräfte gebündelt und alte Feindschaften überwunden. In Europa gilt nicht mehr die Devise: „Wer die Macht hat, hat das Recht“, sondern das Gegenteil: „Das Recht hat die Macht“. So gelang nach dem fürchterlichen Ende des 2. Weltkriegs und dem innigen Wunsch „Nie wieder Krieg!“ das schrittweise Zusammenwachsen Europas zu einem Raum des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und des Rechts – und, ganz wichtig – zu einem erfolgreichen Binnenmarkt, der bei Krisen gemeinsam reagiert.

Dieses wieder erstarkte Europa ist heute wichtiger denn je. Sowohl die kulturelle Auseinandersetzung mit dem Islam wie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit der Globalisierung, die Übernahme militärischer Verantwortung in etlichen Krisengebieten dieser Erde, die Sicherung unserer Zukunft, sei es bei der Energieversorgung oder beim Klima- und Umweltschutz, all das sind Aufgaben, die kein Land Europas mehr alleine bewältigen kann. Insofern ist Europa heute eine echte Schicksalsgemeinschaft, die nur gemeinsam unsere Zukunft erfolgreich gestalten kann. Das zeigt sich jedes Mal besonders in Krisenzeiten wie den heutigen, die aber bisher jedes Mal dem europäischen Einigungsprozess zusätzlichen Schub verliehen haben.

Fassen wir die Antwort auf die Frage „Was ist Europa?“ einmal so zusammen: Bereits heute hat die Europäische Union mit 500 Millionen Menschen mehr Einwohner als die USA und Russland zusammen. Sie ist die größte Wirtschafts- und Handelsmacht der Erde und genießt den höchsten Wohlstand ihrer Geschichte. Sie ist in ihrem Inneren ein Raum des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und des Rechts. Nun muss Europa auch politisch enger zusammenwachsen, um in unserer globalen Welt eine gestaltende Rolle spielen zu können. Der große Europäer Klaus Hänsch, ehemaliger Präsident des Europa-Parlaments, hat das einmal so formuliert: „Wirtschaftlich spielt Europa bereits Champions-League, politisch noch Regional-Liga.“

## Zweite Frage: **Was hat Europa?**

Diese Frage beantwortet man besser mit dem, was Europa alles **nicht** hat.

Europa hat weder eine Hauptstadt, obwohl sich Brüssel so fühlt und Paris so benimmt, noch hat es ein normales Parlament an einem Standort, sondern an dreien. In Brüssel arbeitet das Parlament, in Straßburg tagt es, und in Luxemburg sitzt sein Generalsekretariat. Und es ist extrem groß, nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages wird es künftig 754 Abgeordnete aus 27 Staaten haben. Dann kommen aus Deutschland statt derzeit 99 nur noch 96 Europa-Abgeordnete. Jeder von ihnen vertritt heute bereits 850.000 Einwohner. Ein Abgeordneter aus Malta vertritt dagegen nur 60.000 Malteser. Damit ist Bürgernähe, zumindest für einen deutschen Europa-Abgeordneten, eine schwierige Aufgabe, die ihm die Europa-Union Leverkusen durch ihre regelmäßigen Besuche im Europa-Parlament – in Brüssel wie in Straßburg - ein wenig erleichtert.

Neben ausreichender Bürgernähe fehlen dem Europa-Parlament auch entscheidende Kompetenzen. Es kann nicht, wie ein normales Parlament, mit Mehrheit eine Regierung wählen, die von der Minderheit als Opposition kontrolliert wird. Denn Europa ist kein Staat, sondern ein Doppelgebilde. Wir haben das Europa der Staaten, vertreten durch die nationalen Regierungen, und das Europa der Bürger, vertreten durch das Europa-Parlament. Damit Europa funktioniert, steht dazwischen die „Europäische Regierung“, die Wächterin der Verträge. Sie heißt Kommission und besteht aus 27 Kommissaren, einem aus jedem Mitgliedstaat. Diese spiegeln die politische Stimmung Europas. Von den 27 Kommissaren sind 13 konservativ, 8 liberal und 6 sozialdemokratisch – Grüne und Linke sind nicht vertreten. Die Kommissare werden nach jeder Europa-Wahl von ihren Regierungen vorgeschlagen und müssen vom Parlament bestätigt werden. Es gab auch schon Ablehnungen. Ein Kommissar wird dann für 5 Jahre zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt. Das ist seit 2004 der ehemalige portugiesische Regierungschef José Manuel Barroso. An seiner Seite steht die neue Vizepräsidentin Baroness Catherine Ashton als eine Art Europäische Außenministerin. Sie wird erstmals über einen eigenen diplomatischen Dienst mit rund 3.700 Mitarbeitern verfügen, der gerade aufgebaut wird.

Nur die Kommission hat das Recht, Gesetzesvorschläge zu formulieren, die dann von den Regierungsvertretern und vom Europäischen Parlament beraten, verändert und schließlich verabschiedet werden. Und dabei gilt: Europa hat die alleinige Zuständigkeit nur für die Bereiche Handel und Wettbewerb, Zölle und – in den 17 EURO-Ländern – für Währung. Alles andere wird zwischen Europa und den Nationalstaaten gemeinsam entschieden. Und in vielen Bereichen wie Steuern oder Soziales hat die Europäische Union bisher so gut wie keine Zuständigkeiten. Auch in Europa gilt das Subsidiaritätsprinzip. Es fordert, dass Entscheidungen so bürgernah wie möglich getroffen werden. Aber darüber wird zwischen den Entscheidungsträgern auf kommunaler, Länder-, Bundes- und Europa-Ebene natürlich ständig gestritten. Und diese Gewaltenteilung macht demokratische Entscheidungsprozesse leider sehr schwerfällig und zeitaufwändig. Kein Wunder, dass ein Normalbürger dieses komplizierte Spiel nicht versteht, das Interesse verliert und bei den Europa-Wahlen zu Hause bleibt.

Nächster Punkt, was Europa alles **nicht** hat. Europa hat weder eine Armee noch eine Polizei. Immerhin tun in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo Soldaten mit dem EU-Emblem auf dem Ärmel ihren Dienst. Das sind wichtige Vorstufen einer europäischen Armee, die über kurz oder lang kommen wird. Heute gilt: Europa ist keine militärische Macht, bevorzugt politische Konfliktlösungen und hält sich ausdrücklich an das Völkerrecht.

Und politisch hatte Europa bisher keine gemeinsame Stimme, also auch entsprechend wenig politisches Gewicht. Erst der Vertrag von Lissabon ermöglichte die Wahl des ehemaligen belgischen Regierungschefs Herman van Rompuy zum ersten Präsidenten Europas, also zum internationalen Ansprechpartner. Damit bekommt Europa ein Gesicht und eine Stimme. Zusammen mit der neuen Außenministerin Catherine Ashton soll er die Politik der 27 – nach wie vor souveränen – Mitgliedstaaten koordinieren. Das wird eine Herkulesaufgabe.

Trotz all dieser Einschränkungen hat Europa schon heute etwas Großartiges zu bieten. Es ist schon heute ein **Raum des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und des Rechts. Und es ist ein Raum des wirtschaftlichen Wohlstands und des sozialen Fortschritts.**

Gehen wir der Reihe nach: **Wir haben seit 1945 Frieden**, so lange wie noch nie zuvor in Europa. Die wichtigste Voraussetzung für diesen dauerhaften Frieden ist die Lösung von Konflikten mit politischen und juristischen – statt militärischen – Mitteln. Dazu kommt die Anerkennung auch strittiger Grenzen. Das erfordert einen konsequenten Minderheitenschutz für die Menschen, die durch strittige Grenzziehungen betroffenen sind. Eines der ersten gelungenen Beispiele hierfür war in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das deutschsprachige Südtirol, das damals um seine Unabhängigkeit kämpfte. Es hat sie nicht bekommen, dafür aber ein Minderheiten-Statut für seine deutschsprachige Bevölkerung, das beispielhaft ist – und unter den Italienern beträchtlichen Unmut ausgelöst hat. Dieses Beispiel hat europaweit Schule gemacht und bereits mehrfach gut funktioniert. Ohne Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wäre auch die deutsche Wiedervereinigung 1990 nicht möglich gewesen.

Beim Blick auf Deutschland fällt auf, dass wir neun Nachbarstaaten haben – und mit allen freundschaftliche Beziehungen pflegen. Wir haben zwar noch eine Bundeswehr, die uns mehr als 30 Milliarden EURO im Jahr kostet. Aber für die Sicherung des Friedens in Deutschland ist heute Europa der bessere Garant – und kostet uns weniger als 10 Milliarden EURO im Jahr. Wir haben zwar den angeblich besten Panzer der Welt entwickelt, aber ich wüsste nicht, gegen wen wir jemals wieder eine Panzerschlacht führen wollten. Europa sorgt heute wesentlich besser und preiswerter für Frieden und Sicherheit bei uns als unsere Soldaten. Und was die Sicherheit vor internationalem Terrorismus angeht, so kann es die weder militärisch noch nationalstaatlich geben, sondern nur europäisch. In Deutschland ist zum Glück bisher wenig passiert, aber wir sollten weiterhin sehr wachsam sein.

Nächster Punkt: **Wir haben enorme Freiheiten**. Der freie Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehr sowie – ab Mai 2011 – völlig freier Personenverkehr sind riesige Fortschritte, aber für uns bereits Selbstverständlichkeiten. Natürlich steigert das auch den Wettbewerb. Das ist erfreulich für die Verbraucher, weil der Wettbewerb die Preise stabilisiert – Inflationsraten wie zu DM-Zeiten gibt es inzwischen nicht mehr. Außerdem profitiert insbesondere die deutsche Wirtschaft von freien Märkten und einer stabilen gemeinsamen Währung – ohne EURO und Europäischen Binnenmarkt wäre Deutschland nicht fünfmal hintereinander Exportweltmeister geworden.

Auch **Demokratie und Rechtsstaat** sind für uns Selbstverständlichkeiten, in anderen Ländern Europas leider noch nicht. Aber wo der Kampf gegen Korruption und Willkür-Justiz nicht entschieden genug geführt wird, reagiert die Europäische Union sehr unangenehm – bis hin zu finanziellen Sanktionen. Hierfür stehen der Europäische Rechnungshof und der Europäische Gerichtshof in Luxemburg sowie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Er ist ein Organ des Europarates, der über die Einhaltung der Menschenrechte wacht. Er wurde bereits 1949 gegründet und ist damit die älteste Europäische Vereinigung mit heute 47 Mitgliedstaaten.

Am 18. April 1951 begann dann das wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas. Um jedwede nationale Aufrüstung wirksam kontrollieren zu können, schlossen die 6 Staaten BENELUX, Deutschland, Frankreich und Italien einen Vertrag über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. 1952 nahm die hohe Behörde der Montan-Union ihre Arbeit auf. Sie diente als Vorbild für die Verwaltung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die von diesen 6 Staaten 1957 in Rom gegründet wurde. Inzwischen ist die hohe Behörde der Montan-Union in der Europäischen Kommission aufgegangen, der Montanvertrag ist 2002 sang- und klanglos ausgelaufen. Aus der EWG entstand die Europäische Union mit heute 27 Mitgliedstaaten. Sie ist der weltweit größte Raum, in dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herrschen. Bei uns sind Folter und Todesstrafe als Verletzung der Menschenwürde abgeschafft – auch ein Guantanamo wäre bei uns undenkbar.

Was den **wirtschaftlichen Fortschritt** angeht, so genießen wir Europäer heute den höchsten Wohlstand unserer Geschichte. Leider wurde dieser Wohlstand nicht nur erarbeitet, sondern teilweise mit Schulden finanziert, die zur gegenwärtigen Finanz-Krise geführt haben. Aber die nach wie vor großen Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen EU-Staaten werden – allerdings nur langsam und schrittweise – abgebaut. Dem dienen die hohen Ausgaben der EU zur Steigerung der Wirtschaftskraft in strukturschwachen Regionen. Natürlich liegt Deutschland bei den Stundenlöhnen nach wie vor in der europäischen Spitzengruppe. Aber die Steigerung der Bruttolöhne in den 10 Jahren von 2000 bis 2010 lag in Deutschland bei 22 %, in Ungarn bei 127 % und in Rumänien bei 560 %. Die Schere schließt sich also langsam. Der wirtschaftliche Fortschritt ist einer der wichtigsten Motoren für das Zusammenwachsen Europas. Jeder wusste, mit Europa geht es ihm besser gehen als ohne.

Wohlstand beinhaltet natürlich auch **Lebensqualität**. Beim Schutz von Umwelt und Natur, des Klimas und der Meere ist Europa weltweit führend. Auch jeder Einzelne profitiert davon, denn in allen Staaten Europas gelten strenge Schutzvorschriften für Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände, beispielsweise Spielzeug. Natürlich lieferten frühere, allzu detaillierte Qualitäts-Kriterien für Bananen oder Gurken oder die aktuelle Diskussion um das Verbot von Glühbirnen den Kabarettisten Stoff für Häme und Kritik. Auch das Tragen ausgeschnittener Dirndl in Biergärten sollte aus Sicherheitsgründen – wegen der UV-Strahlung der Sonne – verboten werden. Manch' weiterer Unsinn aus Brüsseler Amtsstuben hat auch gutwillige Europäer schon sehr geärgert. Aber auch

die Regelungswut europäischer Bürokraten wird Europas Erfolgsgeschichte nicht ernsthaft gefährden können.

Ich halte als Resümee fest: Die friedliche Vereinigung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg ist ohne Vorbild in der Geschichte. Und sie hat bisher fast überall nur Gewinner gehabt. Europa hat diese gewaltigen Leistungen ohne klare Regierungsstrukturen erbringen müssen, nur auf der Grundlage von komplizierten Verträgen – und vielen Europa-Gegnern zum Trotz. Entscheidend war und ist der **Glaube an die Zukunft eines friedlichen, freiheitlichen, demokratischen und wirtschaftlich erfolgreichen Europas**. Dieser Glaube hat die Menschen befähigt, den Kommunismus und die Spaltung Europas zu überwinden. Zehn Beitrittsländer sind froh, dass sie seit Mai 2004 dazugehören. Mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien im Januar 2007 ist die komplizierte „Baustelle Europa“ natürlich noch unübersichtlicher geworden. Aber wir haben keine Alternative. Jetzt gilt es, Europa konsequent weiterzubauen, nach den neuen Spielregeln des Lissabon-Vertrages.

Europa braucht diesen Vertrag von Lissabon, wenn es mit 27 und demnächst weiteren Mitgliedstaaten – Kroatien, Mazedonien und Island stehen vor der Tür – handlungsfähig bleiben will. Durch ihn reduziert sich das bisherige komplizierte Vertragswerk auf die zwei Verträge von Rom und Maastricht, in die der ursprüngliche, am Widerstand Frankreichs und der Niederlande gescheiterte Verfassungsvertrag eingearbeitet wurde. Sie heißen nun „Vertrag über die Europäische Union“ und „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“. Diese beiden Verträge sorgen für mehr Transparenz und ordnen die Zuständigkeiten neu, beispielsweise wird die Justiz- und Innenpolitik nun eine Gemeinschaftsaufgabe. Außerdem wird Europa durch mehr Mehrheitsentscheidungen handlungsfähiger. Und es wird erstmals ein eigenständiges Objekt des Völkerrechts, mit eigenem diplomatischem Dienst. Außerdem erhält Europa für zweieinhalb Jahre einen Präsidenten, der noch einmal wiedergewählt werden kann, also maximal 5 Jahre amtierend kann. Mit Präsident Herman van Rompuy bekommt Europa also endlich ein Gesicht und eine Stimme, oder, um Henry Kissinger zu zitieren, eine Telefonnummer. Das behagt natürlich nicht allen Regierungschefs, die sich bisher im europäischen Glanz sonnen konnten.

An diesem Vertrag – in dem wegen des Einspruchs europakritischer Regierungen weder das Wort Verfassung noch Fahne noch Hymne vorkommen – scheiden sich die Geister. Genügt uns der heutige Europäische Binnenmarkt oder wollen wir den „Vereinigten Staaten von Europa“ ein Stück näher kommen? Die Frage, welches Europa wir auf lange Sicht anstreben, lässt auch der Lissabon-Vertrag – wie alle bisherigen Verträge – offen. Das ist ja gerade die Stärke der bisherigen Gemeinschaftspolitik, dass sie sich pragmatisch auf die jeweils anstehenden Aufgaben konzentriert hat und so – Schritt für Schritt – den heutigen Zustand Europas erreicht hat.

Damit komme ich zur dritten Frage: **Was wird aus Europa?**

Die hier geschilderte Situation Europas sieht positiv aus, steckt aber voller Risiken. Wir haben zwar keine EURO-Krise, aber in den meisten EURO-Ländern eine viel zu hohe Staatsverschuldung. Und als Fundament der gemeinsamen Währung fehlt eine gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik. Als erste Schritte sind ein europäischer Rettungsschirm für die Absicherung von Staatsanleihen und ein Sanktionsmechanismus für Länder mit zu hoher Staatsverschuldung vereinbart worden. Denn derzeit wird nur die zusätzliche Verschuldung abgebremst, eine Rückzahlung von Staatsschulden ist noch nirgendwo in Sicht. Die bisherige Abwehr der internationalen Spekulation gegen überschuldete Länder hat bereits zu riesigen Bürgschaften geführt. Wenn der notwendige Schuldenabbau nicht wie verabredet gelingt, kommen da gewaltige Lasten auf die Europäer, insbesondere auf das reiche Deutschland, zu. Der heutige Wohlstand ist in fast allen Mitgliedstaaten – auch bei uns – nicht nur erarbeitet, sondern auch durch hohe Staatsschulden finanziert worden. Diese abzubauen ist unabänderlich, aber politisch nur schwer durchsetzbar. Denn das bedeutet Reduzierung von Staatsausgaben und damit Verzicht auf staatliche Wohltaten. Wie hoch dürfen Sozialausgaben sein und wo beginnt der Anreiz zum Missbrauch? Welches Renteneintrittsalter ist bei weiter steigender Lebenserwartung angemessen und welches Rentenniveau ist angesichts von immer mehr Rentnern und immer weniger Beitragszahlern auf Dauer finanzierbar? Welche finanziellen Risiken stecken in bisher nicht bezifferbaren Zukunftsausgaben, beispielsweise für den Klimaschutz? Und wo sind wir bereit, Subventionen abzubauen, auf staatliche Wohltaten zu verzichten, also schlicht gesagt zu sparen? Mit unserem Volkssport „Staatsbetrug“, bei den Großen als Steuerflucht, bei den Kleinen als Schwarzarbeit, betrügen wir ja nicht nur den Staat, sondern am Ende auch uns selbst – und unserer Kinder und Enkel.

Ich hoffe, wir alle – und an der Spitze unsere Politiker – können für eine gute Zukunft Europas sorgen. Aber leicht wird das nicht werden. Dennoch glaube ich an die Zukunft Europas und zitiere den großen Europäer Konrad Adenauer. Er sagte bereits 1954: „Europa war ein Traum von wenigen. Es wurde eine Hoffnung für viele. Heute ist es eine Notwendigkeit für uns alle.“ Diesen Satz von Adenauer hat der große Europäer Hans Dietrich Genscher im November 2010 so fortgesetzt: „Europa ist unser aller Zukunft – wir haben keine andere!“